Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/499
10.10.2007

Rechtsausschuss

25. Sitzung (öffentlich)

10. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) **7**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

hier: **Einzelplan 04**

Vorlagen 14/1281 und 14/1308

Beratung

2 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW) **12**

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4412

In Verbindung mit:

Eckpunkte für ein nordrhein-westfälisches Jugendstrafvollzugsgesetz

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2875

In Verbindung mit:

Eckpunkte des Jugendstrafvollzugsgesetzes für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2864

Ausschussprotokoll 14/489
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 14/489

Beratung

3 Bewährte Strukturen der Amtsgerichte in Nordrhein-Westfalen müssen erhalten bleiben! 16

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4864

Beratung

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung von § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (Ausführungsgesetz zu § 15a EGZPO – AG § 15a EGZPO) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4975

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Gesetzentwurf der Landesregierung zuzustimmen.

5 Gesetz über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen (Hafensicherheitsgesetz – HaSiG) 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4240

Ausschussprotokoll 14/466
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll

– abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der – mitberatende – Ausschuss dem – federführenden – Ausschuss für Bauen und Verkehr, den Gesetzentwurf anzunehmen.

6 Nordrhein-Westfalen muss das Versammlungsrecht modernisieren! 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4480

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion empfiehlt der – mitberatende – Ausschuss dem – federführenden – Innenausschuss, den Antrag abzulehnen.

7 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Grünen-Fraktion sowie gegen die Stimmen der SPD-Fraktion empfiehlt der – mitberatende – Ausschuss dem – federführenden – Hauptausschuss, den Antrag abzulehnen.

8 Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften erhöhen die Effizienz der Ermittlungen im Bereich der Dopingbekämpfung 26

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4862

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der – mitberatende – Ausschuss dem – federführenden – Sportausschuss, den Antrag abzulehnen.

9 Privatsphäre von Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen – Bundesratsinitiative für ein Verbot von Telefonwerbung! 28

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5020

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion empfiehlt der – mitberatende – Ausschuss dem – federführenden – Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Antrag abzulehnen.

10 Geplanter Neubau des Jugendgefängnisses in Wuppertal-Ronsdorf in einem Landschaftsschutzgebiet 30

Beratung

11 Verschiedenes 34

Der Ausschuss verständigt sich darauf, im Rahmen der Ausschusssitzung am 16. Januar 2008 ein Fachgespräch zum Thema Drogenkonsum zu führen.

* * *

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

hier: **Einzelplan 04**

Vorlagen 14/1281 und 14/1308

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, der Landtag habe den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 nach der ersten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Federführung sowie an die Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen. Im Rechtsausschuss behandle man den Einzelplan 04, welcher durch den Erläuterungsband mit der Vorlagennummer 14/1281 ergänzt werde. In der Sitzung am 12. September habe man den Haushaltsplan aufgerufen und sich darauf verständigt, heute die Fragerunde und am 7. November die abschließende Beratung und Abstimmung durchzuführen. Frau Ministerin Müller-Piepenkötter habe ihren Einführungsbericht schriftlich zur Verfügung gestellt, der inzwischen als Vorlage verteilt worden sei und die Nummer 14/1308 trage.

Frank Sichau (SPD) führt aus, die Ministerin habe in ihrem Einführungsbericht von einer Stärkung des Ehrenamts im Bereich der Betreuung gesprochen. Der Abgeordnete möchte wissen, ob dies auch haushaltswirtschaftliche Konsequenzen habe.

Darüber hinaus wolle man die Betreuungsstellen für Strafgefangene pauschalieren. Hierzu sei dargelegt worden, dass die Beratungsstellen damit einverstanden seien. Er habe dazu etwas anderes gehört und erfahren, dass man weiterhin im Gespräch bleibe. Der Abgeordnete erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand.

Monika Düker (GRÜNE) legt dar, in den Zuschriften und Informationen aus der Richterschaft zeichne sich ein sehr schwieriges Bild in der Sozialgerichtsbarkeit ab. Aufgrund der vielen Verfahren – Stichwort: Hartz IV – sei die Belastungssituation bei den Sozialgerichten extrem gestiegen. Die Landesregierung habe vorgesehen, 13 neue Stellen zu schaffen, von denen sechs aus der Arbeitsgerichtsbarkeit und sieben aus der Finanzgerichtsbarkeit kämen. Darüber hinaus wolle man im nichtrichterlichen Bereich bei den Sozialgerichten 20 kw-Stellen ausbringen. Die Abgeordnete möchte wissen, ob dadurch die Erledigungsquote wieder normalisiert werde und wie lange zukünftig die Bürger auf eine Entscheidung von Sozialgerichten zu warten hätten.

Was den Vollzug angehe, weise die Landesregierung bezüglich der neuen JVA in Wuppertal zehn neue A 9-Planstellen für den Sozialdienst aus. Diese Stellen sollten mit Diplom-Pädagogen und Sozialinspektoren besetzt werden. Die Abgeordnete

möchte wissen, warum Diplom-Pädagogen und nicht Sozialarbeiter, die ein sehr viel praxisorientierteres Studium als Diplom-Pädagogen hätten, eingestellt würden, und zwar verbeamtet. Bezüglich der verbeamteten Mitarbeiter weise sie darauf hin, dass es bei denen ein Problem mit der Altersgrenze gebe. Sie hielte es für sinnvoll, an die Sozialdienste etwas flexibler ranzugehen.

Im Rahmen der Anhörung habe sie nachgefragt, ob es nicht möglich sei, im Bereich der Sozialdienste im Hinblick auf die Umsetzung des Jugendstrafvollzugsgesetzes so etwas wie einen Schlüssel zu errechnen. Hierzu habe sie auch eine Kleine Anfrage gestellt. Der Antwort sei zu entnehmen, dass derzeit ein Schlüssel entwickelt werde. Sie halte es für sehr wichtig, zu wissen, wie viele Sozialarbeiter es auf wie viele Inhaftierte gebe, um auch einmal so etwas wie Standards beschreiben zu können, wie die Inhaftierten betreut würden.

Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (JM) gibt zur Antwort, zur Stärkung des Ehrenamtes im Bereich der Betreuung: Das Land – dies finde man im Haushalt nicht gesondert ausgewiesen – habe die Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche Betreuer übernommen, was von den ehrenamtlichen Betreuern auch sehr anerkannt worden sei. Derzeit arbeite man im Rahmen der Erarbeitung des Jahressteuergesetzes an eine weitergehende Steuerbefreiung, als dies bislang der Fall sei. Dies seien zwei wichtige Beiträge zur Stärkung des Ehrenamtes.

Das Problem mit der Altersgrenze im Bereich der verbeamteten Mitarbeiter sehe sie auch. Dies sei ein beamtenrechtliches Problem, das zusammen mit der Neuregelung des Beamtenrechtes gelöst werden müsse.

Die Landesregierung beabsichtige, Standards für Behandlungsmaßnahmen und dafür festzulegen, was durchgeführt werden müsse. Man könne nicht 37 Justizvollzugsanstalten oder fünf Jugendhaftanstalten über einen Kamm scheren. Alle hätten unterschiedliche Schwerpunkte und unterschiedliche Behandlungsmaßnahmen. Hierfür wolle man Standards festlegen, und danach richte sich der Personaleinsatz.

MDgt Kamp (JM) lässt verlauten, zu den ehrenamtlichen Betreuungen: Bei dem einschlägigen Titel 546 50 gebe es einen Zufließvermerk zur Förderung von Betreuungsvereinen zugunsten des Einzelplans des MAGS. Bekanntlich sei die Ausgabenentwicklung im Bereich 546 50, also im Bereich der Betreuung, galoppierend. Dies habe dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren dieser Zufließvermerk habe kaum bedient werden können. Die Weiterentwicklung sei auch nur schwer abzuschätzen. Aus diesem Grunde habe man sich gemeinsam mit dem MAGS und dem Finanzministerium darauf verständigt, den Zufließvermerk zu streichen und stattdessen im Einzelplan des MAGS einen originären Ansatz zu etatisieren. Dies schaffe entsprechende Planungssicherheit, denn zu Beginn des Jahres sei die weitere Ausgabenentwicklung im laufenden Jahr nur sehr schwer abschätzbar.

Zur Sozialgerichtsbarkeit: Die von der Abgeordneten Düker erwähnten Zahlen bestätige er. Die 20 kw-Vermerke seien jedoch nicht neu, sondern diese hätte es schon in der Vergangenheit gegeben. Hintergrund sei die Arbeitszeitverlängerung im Beamtenbereich. Die 20 kw-Vermerke seien nicht spezifiziert. Diese würden zum überwie-

genden Teil im nichtrichterlichen Dienst realisiert. Der richterliche Dienst werde also durch die kw-Stellung allenfalls im Umfang von ein oder zwei Stellen tangiert.

In der Sozialgerichtsbarkeit gebe es einen erheblichen Aufgabenzuwachs. Man habe große Anstrengungen unternommen, das Problem in den Griff zu bekommen. Selbstverständlich werde mithilfe der genannten Stellen die Erledigungsquote deutlich steigen. – **Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (JM)** fügt hinzu, es gebe schon jetzt rückläufige Eingänge bei der Sozialgerichtsbarkeit, auch im Bereich der Hartz-IV-Angelegenheiten. Man dürfe jedoch nicht nur die Hartz-IV-Angelegenheiten sehen, sondern auf den anderen Gebieten der Sozialgerichtsbarkeit gebe es schon seit zwei Jahren rückläufige Eingänge. Dies vergesse der Präsident gerne.

MDgt Kamp (JM) fährt fort, zu den ausgebrachten A 9-Stellen: Für die Einstellung als Beamter gebe es bestimmte Voraussetzungen. Dies möge ein Hindernis sein. Man könne allerdings Beamtenstellen auch für die Einstellung von Angestellten nutzen. Umgekehrt gehe dies nicht. – **Monika Düker (GRÜNE)** möchte wissen, ob Derartiges auch erwägt werde. – **MDgt Kamp (JM)** antwortet, dies werde sich im Rahmen des weiteren Personalgeschäfts zeigen. Man müsse die Situation abwarten. Wenn es entsprechende Bewerber aus dem Tarifbereich gebe, sehe er kein Problem, dies zu machen.

MDgt Holten (JM) führt aus, bekanntlich habe man beim Täter-Opfer-Ausgleich die Pauschalierung bereits im vergangenen Jahr eingeführt, was sich aus Sicht des Ministeriums bewährte habe. Im Zuge dessen habe man sich auch die anderen Förderprogramme angesehen, dabei erhebliche Leistungsunterschiede festgestellt und daraufhin beschlossen, dass eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip nicht in Betracht komme, sondern es solle eine leistungsgerechte Förderung erfolgen. Daraufhin habe man sich mit den freien Trägern zusammengesetzt und nach zahlreichen Beratungen Einvernehmen erzielt, dass eine Pauschalierung eingeführt werde. Selbstverständlich seien sich alle darüber im Klaren, dass man sich die zukünftige Entwicklung ansehen müsse. Vor dem Hintergrund seien die freien Träger um Rückmeldung gebeten worden, ob und in welchen Bereichen es Schwierigkeiten gebe.

Gerd Stüttgen (SPD) möchte wissen, wo die Mittel für den Landespräventionsrat veranschlagt seien.

MDgt Kamp (JM) antwortet, veranschlagt seien die Mittel für den Landespräventionsrat in Kapitel 04 010, Titel 547 10.

Monika Düker (GRÜNE) sagt, ihres Wissens sei der Landespräventionsrat bislang so organisiert gewesen, dass Stellen aus dem Justizbereich verlagert, die Projektmittel aber im Einzelplan des Innenministeriums veranschlagt worden seien. Bezüglich dieser Mittel habe es immer wieder Probleme gegeben. Die Abgeordnete ist interes-

siert zu erfahren, wie der Landespräventionsrat arbeite und wie viele Mitarbeiter dort tätig seien.

MDgt Holten (JM) legt dar, man habe den Landespräventionsrat umstrukturiert. Die konstituierende Sitzung werde am 12. November stattfinden. Bislang seien zwei Mitarbeiter aus dem Bereich des Innenministeriums und eine Staatsanwältin aus dem Bereich der Justiz gestellt worden. Künftig werde der Landespräventionsrat mit Bordmitteln gefahren. Das Justizministerium habe die Geschäftsführung des Landespräventionsrates übernommen. Die Geschäftsstelle sei in der Strafrechtsabteilung angesiedelt. Dort würden sämtliche Büroarbeiten erledigt und die Sitzungen des Landespräventionsrates vorbereitet. Künftig werde es im Landespräventionsrat sogenannte geborene Mitglieder, also Teilnehmer aus den einzelnen Ressorts, und gekorene Mitglieder, nämlich Personen aus allen Bevölkerungskreisen, geben. Die Einzelheiten würden anlässlich der konstituierenden Sitzung bekanntgegeben. Als Arbeitsebene des Landespräventionsrats würden Arbeitsgruppen fungieren. Diese Arbeitsgruppen seien geschäftsstellenmäßig bei den einzelnen Ressorts angesiedelt. Aus diesem Grunde habe man für den Landespräventionsrat keinen eigenen Personalbestand mehr vorgesehen, da quasi die einzelnen Ministerien Arbeitsgruppen seien, die dem Landespräventionsrat als Gremium zuarbeiteten.

Frank Sichau (SPD) legt dar, Grund für die Besorgnis um die Sozialgerichtsbarkeit seien die in der Vergangenheit aufgetretenen Probleme in der Arbeits- und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Selbstverständlich wolle man nicht, dass eine weitere Gerichtsbarkeit sozusagen absaufe.

Die Vergangenheit zeige, dass ein Bereich sehr oft Sparbemühungen zum Opfer falle, wenn für diesen Bereich zwei Ministerien zuständig seien und dieser in einem der beiden Ministerien nur als Randaufgabe betrachtet werde. Vor dem Hintergrund habe seine Fraktion als Lösung den Zufließvermerk gefunden. Er bedauere die gegenwärtige Organisation, denn die Finanzierung durch das MAGS werde nicht unbedingt sichergestellt sein. Wenn es dort Sparerfordernisse gebe, dann werde der Landespräventionsrat der erste Bereich sein, der darunter leide. Seine Fraktion werde dies weiter beobachten.

Eine leistungsgerechte Bezahlung wolle er sozusagen sowohl für den Schnupfen als auch für die Herztransplantation. Unter dem Strich werde natürlich die Herztransplantation zu teuer sein. Dies könne aber nicht der Logik entsprechender Schluss sein. Er befürchte – dies sei auch von den Beratungsstellen bestätigt worden –, dass Entlassungsvorbereitung und Begleitung nach der Entlassung mit einer Pauschale nicht zu machen sei. Dieser Strukturfehler müsse behoben werden.

Thomas Stotko (SPD) möchte bezogen auf den Landespräventionsrat wissen, ob, da dieser zukünftig alleine ans Justizministerium angedockt werde, zukünftig die beiden Mitarbeiter des Innenministeriums nicht mehr zur Verfügung stünden. – **MDgt Holten (JM)** bejaht.

Monika Düker (GRÜNE) sagt, ihres Wissens würden die im Haushalt stehenden zehn neuen Planstellen zweckgebunden für Wuppertal ausgewiesen sein. Die Abgeordnete möchte wissen, ob dies alle Sozialdienststellen seien, die der Haushalt 2008 zu bieten habe. Es werde also keine Neueinstellungen für Sozialdienste für andere Vollzugseinrichtungen geben.

Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (JM) bestätigt dies. Sie gebe aber zu bedenken, dass es die JVA Wuppertal noch nicht gebe und auch im Jahre 2008 noch nicht geben werde.

Auf eine Nachfrage von **Monika Düker (GRÜNE)** antwortet **MDgt Kamp (JM),** die Fertigstellung der Justizvollzugsanstalt Wuppertal-Ronsdorf dauere noch an. Nichtsdestotrotz seien die Stellen im Haushaltsplan 2008 etatisiert. Damit könnten diese im Haushaltsjahr 2008 auch genutzt werden. Die Stellen stünden also vorübergehend dem gesamten Vollzug zur Verfügung. Insgesamt gebe es im Justizvollzugbereich einen Stellenzuwachs von 454.

Frank Sichau (SPD) weist darauf hin, dass es keinen Stellenzuwachs bedeute, wenn kw-Stellen gestrichen würden. – **MDgt Kamp (JM)** erwidert, haushaltsrechtlich handele es sich um neue Stellen.

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, dass die abschließende Beratung und Abstimmung am 7. November stattfinden werde.